

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nachmittags 4 Uhr. Preis monatlich 2 RM. Bei Bestellungen 1,50 RM. Anzahlung. Einzelnummern 10 Pf. Die Postämter, Postboten, unsere Ausleger u. Einzelhändler können zu jeder Zeit die Wilsdruffer Zeitung oder Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend bestellen. Die Abnahme von Anzeigen über längere Zeit wird besonders günstig behandelt. Die Redaktion übernimmt die Besorgung der Anzeigen.

Ausgabenpreise laut auflagefähiger Verträge Nr. 6. — Ziffer-Gebäude: 20 Pf. — Besondere Druckaufträge und Plakate werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Kosten sind die Hälfte der in den Anzeigen übergebenen Beträge. — Bei Anzeigen über längere Zeit wird besonders günstig behandelt. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. — Druckerei: Wilsdruff 206. — Druckerei: Wilsdruff 206.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 42 — 95. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 19. Februar 1936

Rote Fanale.

Kriegszustand über Spanien, brennende Gefängnisse, plündernder Mob, Staatsstreichgerichte, Heil-Moskau-Rufe, so klingt es uns aus Spanien entgegen. Spanien ist ja von jeher ein unruhiges Land, aber es ist auch seit dem Sturz der Monarchie ein dankbares Gefilde für Revolutionen. Seitdem die Spanier ihren König verjagt, haben sie ihre politischen Leidenschaften reichlich austoben lassen. Viele rote Aufstandsbegehren sind über das Land hinweggegangen, haben Millionenwerte vernichtet und Scharfstrafen von Menschenopfern gefordert. Und immer wieder war der Erfolg der Revolutionen gleich Null. Das Volk hat die Revolutionen bezahlt, denn die Wirtschaftslage verschlechtert sich, und über politische Debatten hat man die Not des Volkes vergessen. Auch die neue rote Welle wird wieder ungeheure Werte vernichten, Menschen werden in Strafkamern ihr Leben lassen, und vielleicht kommt dann irgendeine Regierung zustande, der es gelingt, Ruhe zu schaffen, um für einige Zeit zu arbeiten.

Aber die neue Welle, das Ergebnis der Wahl zu den Cortes, dem spanischen Parlament, bei denen die Linksparteien große Erfolge zu verzeichnen haben, steht diesmal sehr nach Machwerk Moskaus aus. Spanien ist seit Jahren Sturmboden Moskaus. Der Kommunismus im Lande ist groß, und er wird, wie das letzte Wahlergebnis gezeigt hat, noch immer größer. Seine Methoden sind die Anarchie, Auflehnung gegen die Obrigkeit und blutige Verfolgung der Gegner. Die ganze Linke hat sich vereint in Spanien, von den Linksparteien über die Sozialdemokraten zu den Kommunisten und den Syndikalistern. Das ist ein starker Block, hinter dem die Hilfe Moskaus steht. Diese Linksparteien machen auch gar kein Hehl daraus, daß sie Moskaus Parole folgen. Das geben sie nicht nur durch ihre Heilrufe auf Moskau und, das zeigen auch ihre Methoden, mit denen sie gegen die Regierung vorgehen. Es heißt, daß in Gibraltar Tausende von führenden Politikern der Linksparteien versammelt seien, die früher wegen ihrer politischen Einstellung das Land haben verlassen müssen und die nun nach dem Siege der Linken Morgenluft wittern. — Vielleicht ist die neue Revolte in Spanien eine gute Lehre für manche Nachbarstaaten, zumal für solche, die sich gerade jetzt sehr um die Freundschaft Moskaus bemühen. Wir können die Entwicklung der Lage in Spanien ruhig mit ansehen. Für uns ist es höchstens eine Bestätigung unserer Auffassung von dem Treiben und den Zielen des Bolschewismus, die andere Völker nur einmal nicht mit uns teilen wollen.

Zu gleicher Zeit hat Frankreichs Hauptstadt auch einen Vorgeschmack von dem Auftreten der Linken, d. h. der vereinigten Sozialisten und Kommunisten, bekommen. Auch durch die Straßen von Paris flatterten rote Fahnen, und die Internationale hallte über die Stadt. Die Regierung sieht den Dingen tatenlos zu, sie kann nicht einmal jener Äußerung eines Pariser Blattes widersprechen, das angesichts dieser Tatsache davon spricht, daß die Regierung der Gefangene der Linksparteien sei. Dafür hat sie aber den Marschall der Roten Armee, Tuchatschewski, mit allen Ehren verabschiedet, als er nach Moskau zurückfuhr. Man hat alles getan, diesen roten Vertreter der Sowjets freundlich aufzunehmen und ihm Beweise der Hochachtung und Verehrung zu geben.

Frankreich behauptet, daß es den Vertrag mit Sowjetrußland als „Sicherung des Friedens“ ansehe und deshalb begrüße. Wie stellen sich, daß man zu dieser Friedenssicherung Kriegsmöglichkeiten vorsieht. Was sich auch immer aus dem Vertrag mit Frankreich und den Parallelschritten mit der Tschekoslowakei und anderen Staaten entwickelt, kann nur zum Besten des Bolschewismus ausschlagen. Moskau ist der nehmende Teil, die Rechnung werden die Staaten zu bezahlen haben, die zur „Sicherung des Friedens“ sich dem Sowjetrußland anschließen, das gleichbedeutend ist mit der Zentrale des Weltbolschewismus, in die Arme geworfen haben.

Schweiz läßt keine neue Landesleitung der NSDAP. zu.

Mahnahmen gegen die deutsche NS.-Studentenschaft.
Auf Grund eines Berichtes der Bundesanwaltschaft vom 18. Januar und 13. Februar befahte sich der Schweizer Bundesrat mit der Tätigkeit der Nationalsozialistischen Deutschen Studentenschaft und anderer nationalsozialistischer Organisationen in der Schweiz.
Auf Antrag des Justiz- und Polizeidepartements wurde beschlossen, einen deutschen Studenten wegen verdächtiger Beziehungen zu einer deutschen Polizeibehörde aus der Schweiz auszuweisen. Ferner ordnete der Bundesrat verschiedene Maßnahmen (Verwarnung, Einzug der Aufenthaltserlaubnis und Grenzverweigerung) gegen mehrere Deutsche und einen Österreicher an und stellte

Frankreichs Rechte gegen den Sowjetpakt

Die Ratifizierungsausprache in der Kammer.
Die Kammerausprache über die Ratifizierung des französisch-sowjetrußischen Paktes eröffnete am Dienstagnachmittag der rechtsgerichtete Abgeordnete Vallat, der u. a. betonte: Bis her seien Bündnisse immer nur zwischen Ländern abgeschlossen worden, diesmal jedoch verhandelte Frankreich nicht mit einem Lande, sondern mit der Dritten Internationale, die sich auch auf andere Gebiete als auf das gegenwärtige Sowjetrußland ausdehnen könnte. Der Abgeordnete betonte ferner, daß der militärische Beistand Sowjetrußlands nicht verglichen werden könne mit dem etwaigen Beistand, den Frankreich gegebenenfalls zu leisten hätte. Es würden mindestens sechs Wochen vergehen, bis die sowjetrußische Armee an der Grenze zusammengezogen wäre, und dann müßte sie noch durch vier neutrale Staaten marschieren, um mit der deutschen Armee in Verbindung zu gelangen. Die Behauptung, daß die Ratifizierung des französisch-sowjetrußischen Paktes im Interesse der Kleinen Entente liege, trübe nicht zu; würde dies der Fall sein, so könne Deutschland annehmen, daß man es einreisen wolle.

Der Abgeordnete Marcel Héraud (rechte Mitte) äußerte sich zunächst gegen den Vertrag und erklärte dann, Deutschland habe nicht unrecht, wenn es behauptet, daß der französisch-sowjetrußische Pakt mit dem Geiß von Locarno nicht in Einklang gebracht werden könne. Aber hätte man nicht Deutschland gegenüber eine aktivere Politik der Zusammenarbeit treiben sollen, als man es bisher getan habe?
Warum sollte man Deutschland gegenüber nicht neue, herzlichere und wärmere Gefühle haben, auf die man vielleicht jenseits des Rheins warde? Es sei ein Fehler gewesen, immer an den „Erbfeind“ zu denken,

Verhaltensmaßnahmen für die Deutsche Studentenschaft

in der Schweiz auf, die sich insbesondere gegen einen an deutsche Studenten verteilten Fragebogen und gegen die Mitwirkung von Nichtstudierenden in der Leitung der Studentenorganisation wendeten.
Weiter lehnte der Bundesrat die Schaffung von Wirtschaftsstellen der NSDAP. in der Schweiz ab und beschloß, daß eine Landesleitung und Kreisleitungen der NSDAP. in der Schweiz in irgendeiner Form in Zukunft nicht mehr zugelassen sind.

Die grundsätzliche Frage der weiteren Zulassung von ausländischen politischen Vereinigungen in der Schweiz wird dem Justiz- und Polizeidepartement in Verbindung mit dem Politischen Departement zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

Die Aufnahme des Schweizer Verbotes der Landesleitung und der Kreisleitungen der NSDAP. in der Schweiz.

Berlin, 19. Februar. Der Schweizer Bundesratsbeschluss, wonach die Landesleitung und die Kreisleitungen der NSDAP. in der Schweiz verboten werden, wird von den Berliner Blättern aufs schärfste mißbilligt.

Der „Bölkische Beobachter“ schreibt u. a.: Mit dem Verbot der Organisation der NSDAP. macht sich Bern die marxistischen Nordargumente zu eigen. Die Schweizer Regierung wird damit zu einem Werkzeug der marxistischen und jüdischen Propaganda gegen Deutschland, deren Behauptung immer darauf hinausgelaufen ist, daß die Anwesenheit von Nationalsozialisten in der Schweiz eine Proclamation der Gegner des Nationalsozialismus sei. Der Bundesrat beweist durch sein Verhalten aber auch keine Auffassung von seinen Pflichten, die angesichts des bis jetzt schon angerichteten Ansehens unverständlich sein muß. Das Deutsche Reich jedenfalls vertritt die Ansicht, daß es die Aufgabe einer Regierung ist, einem Mörder die Ausführung seiner Tat durch vorbeugende Maßnahmen unmöglich zu machen. Nicht aber etwa dadurch, daß man nun sämtliche möglichen Opfer eines Mörders der Freiheit beraubt. Durch eine solche Handlungsweise wäre praktisch allen Gewalttätigen Tür und Tor geöffnet. Es dürfte auch der Schweizer Regierung nicht unbekannt sein, daß das Deutsche Reich heute von seinen Angehörigen im In- und Auslande erwartet, daß sie sich in aktiver Weise — und das bedeutet vor allem in der NSDAP. und ihren Organisationen — am Gelingen ihres Volkes beteiligen. In der Schweiz haben bisher alle Fremden das selbstverständliche

nachdem schon so viel Blut auf beiden Seiten gekostet sei.

Der rechtsgerichtete Abgeordnete Zaittinger erklärte, er sei überzeugt, daß Rußland gar nicht in der Lage wäre, einen Krieg gegen eine europäische Macht erster Ordnung durchzuführen. Die russische Armee müßte aber ein Land verteidigen, das vierzigmal größer als Frankreich sei. Frankreich verfüge nicht über Armeen, die notwendig wären, um einer anderen Macht zu Hilfe zu eilen. Das müsse offen gesagt werden.

Wenn der Pakt ratifiziert werden sollte, müßte man sehr bald große finanzielle Opfer ins Auge fassen, um in der Zukunft den eingegangenen Verpflichtungen entsprechen zu können. So wie der Vertrag sich heute darstelle, erscheine er wie eine Drohung gegen Deutschland. Zaittinger wünschte, daß man ganz allgemein in Frankreich dem Widerhallen seitens des Rheins größere Aufmerksamkeit schenke. Er sei der Ansicht, daß Frankreich alles tun müsse, um eine deutsch-französische Annäherung zu erleichtern.

Von zahlreichen Zwischenrufen der Linken, besonders der Kommunisten, unterbrochen,

wandte sich der Abgeordnete der Rechten Henriot auf das schärfste gegen die Einmischung der Dritten Internationale in die inneren Angelegenheiten Frankreichs. Er erinnerte daran, daß neben Stalin eine ganze Reihe von französischen Kommunisten in der Leitung der Komintern saßen. Henriot schloß, zum Ministerpräsidenten gewandt, mit der Bemerkung, er und seine Freunde würden erst dann für den sowjetrußisch-französischen Pakt stimmen, wenn er, eingedenk einer früheren Äußerung von ihm selbst, „die rote Kanaille“ verhaften lassen würde. Die Ausführungen Henriots lösten stürmische Zurufe aus Seiten der Kommunisten aus.

Nicht zu einer solchen Betätigung geholt, solange sie natürlich eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Schweiz vermeiden haben. Da es dem Bundesrat nicht möglich sein wird, auch nur den geringsten Beweis für eine solche Einmischung beizubringen, stellt das Verbot also nichts weiter dar, als die Aufhebung des Rechts des Reichsdeutschen, die Pflichten gegenüber ihrem Heimatlande zu erfüllen. Es muß also festgestellt werden, daß die Schweiz versucht, politischen Einfluß auf die in ihrem Gebiet wohnenden Reichsdeutschen zu nehmen, ein Vorgang, der wohl einzig dastehen dürfte. Der Förderung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten dürfte dieser Eingriff am allerwenigsten dienen.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ heißt es: Ein souveräner Staat kann es nicht zulassen, daß eine fremde Regierung deutsche Staatsangehörige von der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte fernhält. Es wird deshalb zunächst zu erwägen sein, ob den Vereinigungen von Schweizern, die in Deutschland bestimmte, kulturelle oder ähnliche Ziele verfolgen, noch das Recht zu Zusammenkünften gegeben werden kann.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Erklärlich, nicht verständlich, ist der Beschluß vom Dienstag wohl nur aus seltsamen innerpolitischen Vorgängen: Die Schweizerische Linke, deren Presse, offenbar zum Teil vom schlechten Gewissen geplagt, der fatalen Idee Vorstoß geleistet hat: „Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuldig“, hat einen Trud auf ihre Regierung ausgeübt, der den Bundesrat zu einer Desavouierung seiner eigenen Haltung veranlaßte. Die Organe der Linken sind soweit gegangen, Deutschland das Recht zu bestreiten, einen gefallenen Kämpfer würdig und angemessen zu bestatten. Und jetzt soll da dem Toten, noch bevor sein Mörder der wohlverdienten Strafe zugeführt werden ist, ein Matel angehängt werden, der durch nichts gerechtfertigt ist.

Deutscher Pressevertreter aus Frankreich ausgewiesen.

Ohne Angabe des Grundes verhaftet — Protestschreiben der Vorsitzenden des Deutschen Pressevertreterverbandes.

Am Montagvormittag wurde der deutsche Pressevertreter Richard in seiner Pariser Wohnung von der französischen Polizei verhaftet. Nach dreitägiger Haft wurde Richard durch Vermittlung der amtlichen deutschen Vertretung wieder freigelassen und aufgefordert, Frankreich alsbald zu verlassen.

Der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Pressevertreter in Paris hat in dieser Angelegenheit an den Präsidenten des Syndikats der ausländischen Presse in